

# DIE LINKE. IMPULSE

Strausberg · Seelow · Bad Freienwalde

November 2007



## Um Ihre Stimme bitte ich ...

... liebe Bürgerinnen und Bürger der Gemeinde Fredersdorf-Vogelsdorf, hiermit bewerbe ich mich bei Ihnen als künftiger Bürgermeister. Ausgestattet mit langjähriger Verwaltungserfahrung und wirtschaftlichem Sachverstand glaube ich, zusammen mit vielen engagierten Fredersdorfern und Vogelsdorfern die nächsten Jahre in der Gemeinde mit gestalten zu können.

Ich bin verheiratet und habe einen 8jährigen Sohn, der die Grundschule besucht. 1959 in Babelsberg geboren, besuchte ich in Potsdam die POS und EOS. Nach einem dreijährigen Armeedienst studierte ich an der Hochschule für Ökonomie Außenwirtschaft. Dort promovierte ich 1988 auch. Nach 2 Jahren Studienaufenthalt in Schottland wurde ich 1992 Bezirksstadtrat für Soziales in Hellersdorf, 1995 dort auch als Bezirksbürgermeister gewählt. Dieses Amt hatte ich auch nach der Zusammenlegung von Marzahn und Hellersdorf bis 2006 inne.

Ihr Uwe Klett

**gemeinsam  
und solidarisch**

Über Ihre Hinweise und Anregungen würde ich mich freuen: 0177/3 09 82 26 Uwe.Klett@web.de

**DIE LINKE.**

## In dieser Ausgabe

**Geredet:  
Neues aus dem  
Bundestag  
Seite 2**

**Umkämpft:  
Keine neuen Tagebaue  
Seite 3**

**Beobachtet:  
Die alte »Neue«  
Seiten 4**

**Gesammelt:  
In Brandenburg  
Seite 5**

**Erinnert:  
Petrograd in Russland  
Seite 6**

**Definiert:  
Daseinsfürsorge  
Seite 7**

**Zugehört:  
Wir schauen  
nicht weg!  
Seite 8**

## Dr. Uwe Klett: Gemeinsam und solidarisch für

### Bürgernähe und Durchsichtigkeit

- Leitung der Verwaltung mit Wissen und Erfahrung
- Einführung eines Beschwerdemanagements
- Bürgerfreundliche Öffnungszeiten des Rathauses
- Bürgersprechstunde in allen drei Ortsteilen
- Fortsetzung einer verlässlichen Haushaltspolitik
- Regelmäßige Bürgerforen

### Bahnhofsumfeld weiter entwickeln

- Entwicklung eines Konzeptes zur langfristigen Gestaltung des Grünzuges von der Kita Loosestraße bis zum Rathaus
- Weitere Gestaltung des bahnhofsnahen Bereiches in Süd mit Kita-Neubau und weiteren Investitionen
- Einrichtung öffentlicher Toiletten und Schaffung von Sitzgelegenheiten
- Behindertengerechte Erreichbarkeit des Bahnhofes sichern

### Mobilität und Straßenbau

- Hauptaufgabe für die nächsten Jahre ist der Straßenbau in einem ausgewogenen und sozial verträglichen Verhältnis zwischen Aufwand und Verkehrssicherheit
- Dabei ist der Dialog mit den Bürgern Grundlage für die Verwaltungsentscheidungen
- Für die Mobilität von Kindern, Jugendlichen und Senioren sind die Fuß- und Radwege weiter auszubauen

### Leben in der Gartenstadt für jung und alt

- Weiterentwicklung des Angebotes für altersgerechtes Wohnen
- Unterstützung des Seniorenbeirates und Vereinsarbeit
- Konzipierung von neuen Ansiedlungsmöglichkeiten für niedergelassene Ärzte
- Weiterentwicklung und Gestaltung ausgewiesener Grünflächen
- ökologisch verträgliche Entwicklung der Siedlungsstruktur

### Der Jugend die Zukunft

- Ausbau des Kitaangebotes in der Gemeinde
- Weitere Förderung der sehr guten Kinder- und Jugendarbeit in den Schulen und Sportvereinen
- Erschließung von Drittmitteln für die Vereinsarbeit
- Einrichtung einer Kinder- und Jugendversammlung
- Benennung eines Kinderbeauftragten in der Verwaltung

### Örtliche Wirtschaft stärken

- Einberufung eines Wirtschaftsbeirates beim Bürgermeister
- Unterstützung des Unternehmerverbandes der Gemeinde
- Ausschöpfung von Möglichkeiten der kommunalen Auftragsvergabe an Gewerbebetriebe des Ortes
- Werbung um Investoren zur Aktivierung von Bau- und Gewerbeflächen der Gemeinde

## Themen der nächsten Ausgabe

**Kreisparteitag  
Neumitgliedertreffen  
Bürgermeisterwahl  
5 Jahre Kabarett**

**Redaktionsschluss  
für Dezember:  
19. November**

## Angleichung des aktuellen Rentenwerts (Ost) überfällig

Die Linksfraktion hat ein Paket von insgesamt 15 Anträgen erarbeitet und wird damit zum wiederholten Mal versuchen, die vielen Rentenlücken und -ungerechtigkeiten in den neuen Bundesländern zu beseitigen.

Der Hauptantrag lautet:

1. Der Deutsche Bundestag stellt fest: 17 Jahre nach der Vereinigung werden die Renten Ost und West immer noch mit unterschiedlichen Rentenwerten berechnet. Das Versprechen, dass es ab dem Jahre 1996 zu einer Angleichung kommt, ist nicht eingelöst. Das führt zu nicht akzeptablen sozialen Ungleichbehandlungen, weil die Lebenshaltungskosten in Ostdeutschland mittlerweile auf westdeutschem Niveau angekommen sind, die Renten aber noch immer knapp zehn Prozent unter dem westdeutschen Niveau verharren. Diese Ungerechtigkeiten zu überwinden, sollte der Bundesregierung ein dringlichstes Anliegen sein.

2. Der Deutsche Bundestag fordert daher die Bundesregierung auf, bis Ende 2007 einen Stufenplan vorzulegen, nach dem schnellstmöglich in mehreren Schritten bis spätestens 2012 der aktuelle Rentenwert (Ost) auf den aktuellen Rentenwert angehoben wird. Diese Angleichung ist aus Steuermitteln zu finanzieren. Die erste Stufe tritt spätestens zum 1. Juli 2008 in Kraft. Die Höherbewertung der Einkünfte in Ostdeutschland muss hierbei unverändert bleiben.



### Keine Kürzung des ALG II bei Krankenhausaufenthalten

»Die bisherige Praxis ist rechtswidrig und muss sofort eingestellt werden«, so Kersten Naumann, Vorsitzende des Petitionsausschusses.

Die Petition wurde an die Bundesregierung überwiesen. Der Petent hatte sich beschwert, dass Empfängern von ALG II während stationärem Krankenhausaufenthalt die Regelleistung gekürzt wird. Die Arbeitsverwaltung behandelt in Abstimmung mit dem Bundesarbeitsministerium die Verpflegung im Krankenhaus als Sachleistung und kürzt deshalb die Regelleistung um bis zu 35 Prozent. Der Petitionsausschuss hält diese Praxis fraktionsübergreifend für rechtswidrig.

### Große Koalition kürzt weiter Fördermittel für Aufbau Ost

Zur Abstimmung im Wirtschaftsausschuss erklärt Sabine Zimmermann, Sprecherin für regionale Wirtschaftspolitik, u. a.:

Einem Antrag der LINKEN, die Fördermittel der »Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur« auf dem Niveau des Jahres 2006 beizubehalten, stimmten die Regierungskoalitionen nicht zu. Entgegen der ursprünglichen Planung wurden zwar fraktionsübergreifend die Mittel um 50 Millionen Euro aufgestockt. Das Doppelte wäre jedoch nötig gewesen, um das Niveau von 2006 zu erreichen. Vor allem die neuen Bundesländer werden die fehlenden 50 Millionen schmerzlich vermissen. Im letzten Jahr wurden mit dieser Summe ein Investitionsvolumen von ca. 800 Millionen Euro getätigt und insgesamt 110.000 Arbeitsplätze gesichert oder zusätzlich geschaffen.

### Kinderzuschlag – eine unendliche Geschichte?

Den Kabinettsbeschluss zum Kinderzuschlag kommentiert die kinder- und jugendpolitische Sprecherin Diana Golze:

Die positive Nachricht: Der Zuschlag für Eltern, die ihren eigenen Bedarf, aber nicht den ihrer Kinder decken können, wird unbefristet verlängert. Das Antrags- und Bewilligungsverfahren wird jedoch nicht verändert, so dass auch weiterhin acht von zehn Anträgen abgelehnt werden, unter hohem Verwaltungs- und damit auch Kostenaufwand. Auch wird die Mindesteinkommensgrenze nicht abgeschafft, mit der Folge, dass Eltern weiter in Hartz IV gezwungen werden. Und schließlich ist ein Kinderzuschlag von maximal 140 Euro ein Witz. Der Antrag der LINKEN fordert eine be-

darfsorientierte Grundsicherung für Kinder, die zumindest deren Existenzminimum von 420 Euro absichert. Damit würden wenigstens die Kinder von Eltern mit geringeren Einkommen aus der Sozialhilfe herausgeholt.

### Nein zu Sozialabbau unter dem Deckmantel der Generationengerechtigkeit

Am 11. Oktober debattierte der Bundestag über Generationengerechtigkeit in der Verfassung. Die jungen Abgeordneten Sevim Dagdelen, Diana Golze, Nele Hirsch, Katja Kipping, Jan Korte und Michael Leutert haben dazu den Antrag »Soziale Gerechtigkeit statt Generationenkampf« eingebracht, der sich dagegen ausspricht, Generationengerechtigkeit zum Staatsziel zu erklären, wie es von jungen Abgeordneten der anderen Fraktionen gefordert wird. Sie werben für eine nachhaltige Sozial- und Bildungspolitik für jung und alt.

Die derzeitige Debatte ist lediglich ein Vorwand für radikalen Sozialabbau und Privatisierung sozialer Risiken. Wo heute Generationengerechtigkeit drauf steht, stecken Privatisierung der Rente und Sozialraub drin. Und es ist ein Irrtum, zu glauben, die Privatisierung der Rente wäre gut für junge Menschen. Im Gegenteil. Junge Erwerbslose oder Auszubildende, deren Einkommen nicht einmal für das Notwendigste reicht, können sich die private Vorsorge nicht leisten. Sozialabbau schadet immer den Nichtvermögenden – egal ob jung oder alt. Statt Generationengerechtigkeit in der Verfassung zu verankern, muss die Politik das Staatsziel Sozialstaat wieder mit Leben erfüllen.

### Gekürztes Arbeitslosengeld durch Zunahme der Sperrzeiten

Allein in diesem Jahr wurde bisher 465.000 ALG I-Empfängern die Auszahlung des Arbeitslosengeldes gesperrt und damit fast 100.000 mehr als im gleichen Zeitraum 2006. Der häufigste Grund mit 174.000 Fällen lag in nichtrechtzeitiger Meldung bei der Arbeitsagentur. Dazu der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Klaus Ernst:

Im Rahmen der Hartz-Reformen wurden die Meldefristen für Erwerbslose verschärft. So müssen sich Arbeitnehmer, die ihr Arbeitsverhältnis verlieren oder beenden, bereits drei Monate vor Beendigung des Arbeitsverhältnisses bei der Bundesagentur für Arbeit als arbeitsuchend melden. Verstöße werden mit einer einwöchigen Sperrzeit bestraft. Diese Meldepflichten sind jedoch häufig unbekannt und wirken wie eine extra aufgestellte Falle für Erwerbslose, die sich arbeitslos melden.



# Kein Strom aus Braunkohle mehr – ab 2050

Nach zwei Tagen und mehr als zehnstündiger Debatte auf der »Energiepolitischen Konferenz« der Brandenburger LINKEN Ende September in Cottbus stand eine ziemlich klare Entscheidung des Landesvorstandes: Bei nur einer Gegenstimme beschloss dieser, dass sich DIE LINKE an der Brandenburger Volksinitiative »Keine neuen Tagebaue – für eine zukunftsfähige Energiepolitik« beteiligt.

Natürlich titelten viele Zeitungen hinterher: DIE LINKE sei gegen die (Braun)Kohle. Das stimmt so nicht. Selbst wenn das Ziel der Volksinitiative, keine neuen Tagebaue mehr in der Lausitz zuzulassen, jetzt schon Gesetzeskraft hätte, würde sich bis zum Jahre 2020 im Wesentlichen nichts ändern – erst ab diesem Zeitpunkt könnte dann die Kohleverorgung des Kraftwerks Jänschwalde nicht mehr gewährleistet werden und die dortigen 500-MW-Blöcke müssten nach und nach vom Netz gehen. Die gesamte Stromerzeugung aus Braunkohle in der Lausitz würde sogar erst gegen 2050 enden. Mit ihrer Beteiligung an der Volksinitiative hat DIE LINKE deswegen auch »Ja« zur Kohle gesagt: Sie ist dafür, die genehmigten und bereits laufenden Tagebaue und Kraftwerke weiter zu betreiben. Und das, obwohl aus Gründen des Klima- und Grundwasserschutzes sowie des Erhalts der Lausitzer Kulturlandschaft ein früherer Stopp der Bagger angebracht scheint. Dieses langfristige Szenario des Kohleausstiegs ist zweifellos ein Grund, warum sich viele Linke für die Volksinitia-

tive entscheiden konnten. Es bleibt genügend Zeit, der Lausitz neue wirtschaftliche Standbeine anstelle der Braunkohle zu geben. Das ist übrigens so oder so geboten. Die letzten anderthalb Jahrzehnte haben gezeigt, dass die Lausitz trotz des »Leuchtturms« Braunkohlestrom nach wie vor zu den wirtschaftlich schwächsten Regionen der Bundesrepublik gehört. Dass angesichts derzeit noch fehlender wirtschaftlicher Alternativen gerade in den Gegenden, in denen die Kohle noch einer der größten Arbeitgeber ist, die Volksinitiative unter Linken auch auf Ablehnung stößt, ist nur zu verständlich. Offenbar aber ist die Kohle, das zeigte auch die Debatte auf der Konferenz, inzwischen eher zu einem Hindernis für eine nachhaltige und zukunftsfähige Entwicklung der Lausitz geworden. Dass dazu nicht nur der Kohle-Ausstieg, sondern auch eine andere Wirtschafts- und Regionalpolitik seitens der Landesregierung gehören und auch die Brandenburger LINKE aufgefordert ist, ein eigenes Energiekonzept fürs Land vorzulegen – darin war man sich auf der Konferenz weitgehend einig. Auch fehlt bei der LINKEN eine klare Position zu der Frage, ob man zwar aus der Verstromung der Braunkohle aussteigen will, diese aber möglicherweise stoffwirtschaftlich langfristig nutzen will. Letzteres beschloss beispielsweise DIE LINKE in Sachsen-Anhalt. Die Debatte um die Braunkohle wird deswegen auch im Brandenburger Landesverband weitergehen.

Jörg Staude



## CO<sub>2</sub>-freies Kraftwerk?

Überzeugt haben auf der energiepolitischen Konferenz auch nicht die Ausführungen des Vattenfall-Vorstands Reinhardt Hassa zum angestrebten CO<sub>2</sub>-freien Kraftwerk. Vattenfall ist klar: Ohne die CO<sub>2</sub>-Abscheidung kann der Konzern in der Zukunft den Neubau von Braunkohlekraftwerken vergessen. Ob die Technologie aber funktioniert und ob das Treibhausgas wirklich langfristig unter Tage weggeschlossen werden kann – die Zweifel daran konnte Hassa nicht ausräumen, zumal es am Ende wegen einem knapp über 90 Prozent liegenden Abscheidungsgrad höchstens ein CO<sub>2</sub>-armes, aber kein CO<sub>2</sub>-freies Kraftwerk geben wird. Vattenfall verlange hier, so der Eindruck, von der Politik einen »Blankoscheck«: Neue Tagebaue und Kraftwerke sollen genehmigt werden, bevor der Nachweis der CO<sub>2</sub>-Abscheidung wirklich erbracht werden kann. Deutlich wurde auch, dass die CO<sub>2</sub>-Behandlung selbst wieder jede Menge Energie verbraucht. Ein Teil der geförderten Kohle und der Abaggerung der Lausitz ist so nur deswegen notwendig, um die Kohle klimaverträglich zu machen.

J. St.

# Gott schenkte uns die Lausitz und der Teufel die Kohle

War diese jahrzehntelang ein wichtiges Geschenk möglicherweise sogar des Teufels, verliert sie immer mehr an Bedeutung und zerstört und belastet die Umwelt. Inzwischen gibt es machbare Alternativen. Und in Verantwortung für unsere Kinder und Kindeskinde muss man diese auch nutzen.

In Brandenburg hat ein Bündnis aus Umweltverbänden wie BUND, NABU, Grüne Liga und Lacom e.V., von Bündnis 90/Die Grünen, der LINKEN, des Bauernbundes, der Wendischen Volkspartei und weiterer Organisationen die Volksinitiative »Keine neuen Tagebaue – für eine zukunftsfähige Energiepolitik« begründet. Damit sollen die Pläne der Landesregierung und von Vattenfall gestoppt werden, neue Tagebaue über die bestehenden hinaus zu erschließen. Die Landesregierung will über 2030 hinaus an Braunkohleverstromung festhalten, der klimafeindlichsten Form der Energiegewinnung. Mit dem angekündigten Aufschluss der neuen Tagebaufelder Jänschwalde Nord Welzow-Süd (Teilfeld II), Spremberg-Ost und Bagenz-Ost droht Proschim, Atterwasch, Kerkwitz und Grabko die Abbaggerung. Das Bündnis legt einen Gesetzentwurf vor, der im

Landesplanungsrecht festschreiben soll, keine neuen Tagebaue zu erschließen. Damit sich der Landtag aber überhaupt damit befasst, müssen 20.000 Unterschriften gesammelt werden, die schließlich ein Volksbegehren und -entscheid erzwingen können. Am Ende soll der mittelfristige und sozialverträgliche Ausstieg aus der Braunkohleförderung stehen.

Das Bündnis eint die Überzeugung, dass die klimafeindliche Braunkohleverstromung bei den sich abzeichnenden katastrophalen Auswirkungen des Klimawandels nicht auf Jahrzehnte hinaus weiter betrieben werden kann. Es gibt längst tragfähige Konzepte für eine klimaschonende Energiepolitik. Zudem soll die fortschreitende Zerstörung der Lausitz gestoppt werden. Die Vertreibung von Menschen aus ihrer Heimat und die maßlose Zerstörung von Flora und Fauna zum Zweck der Förderung von Kohle müssen ein Ende haben. Die Lausitz hat nur dann eine Perspektive, wenn sowohl Familien als auch Unternehmen sich hier wieder niederlassen. Es ist ein alternatives wirtschaftliches Entwicklungskonzept ohne Braunkohle gefragt.

### P.S.

Der Landesvorstand DIE LINKE.Brandenburg ruft alle Gliederungen der Partei auf, diese Volksinitiative »Keine neuen Tagebaue – Für eine zukünftige Energiepolitik« zu unterstützen. Der Landesparteitag in Blossin am 26./27. Januar 2008 soll sich mit Stand und Perspektive der Volksinitiative beschäftigen.

Aus dem Gründungskonzept des Bündnisses.

Mehr unter:  
[www.keine-neuen-tagebaue.de](http://www.keine-neuen-tagebaue.de)

## Kerstin Kaiser



... wurde Ende September als Fraktionsvorsitzende der LINKEN im Landtag Brandenburg mit 71,4 Prozent wieder gewählt. Die 47jährige Slawistin ist seit 1999 im Brandenburger Parlament und dort Vorsitzende des Ausschusses für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie, sowie Sprecherin für Sozialpolitik, Familie und Gleichstellung. Die verheiratete Mutter von vier Kindern ist außerdem Kreistagsmitglied in MOL. Kerstin Kaiser will mit ihrer 29-köpfigen Mannschaft den Oppositionskurs fortsetzen und 2009 stärkste Kraft im Landtag werden. »Wir wollen unser Profil schärfen. Aber Realitätssinn ist Verpflichtung«.

Vize-Fraktionschefs wurden die Bildungspolitikerin Gerrit Große und der frühere Landesvorsitzende und Wirtschaftspolitiker Ralf Christoffers, neuer parlamentarischer Geschäftsführer der arbeitsmarktpolitische Sprecher Andreas Goerke als Nachfolger von Heinz Vietze, der nach seinem 60. Geburtstag nicht mehr kandidieren wollte.

Dem erneut vergrößerten Vorstand gehören weiterhin Torsten Krause, Anita Tack, Kornelia Wehlan und Hans-Jürgen Scharfenberg an.



## »Es geht nicht um Prämien zum Wegzug sondern um Bedingungen zum Hierbleiben«

Von der Potsdamer Konferenz »Daseinsvorsorge«

Weite Teile Brandenburgs sind inzwischen angeblich den Wölfen überlassen und auch der Bär war im zweiten Anlauf erfolgreich. Das Kabarett warnt uns: »Mutter, pack was zu essen ein, wir fahr'n nach Brandenburg! Sie kennen das ...

Die Autoren eines Gutachtens zum demografischen Wandel in Brandenburg haben mit dem Szenario »Brandenburg wird älter, ärmer, männlicher und dümmmer ...« und dem Vorschlag der Wegzugsprämie erheblich für öffentliche Aufmerksamkeit gesorgt. Vom Finanzminister gar kam ein Totalverriss, der auf ihn selbst zurück fiel. Und das nicht nur, weil genau die Regierungspolitik der Metropolregion plus Wachstumskerne in Kombination mit der Aberkennung der Zentrumsfunktion für über einhundert Gemeinden des Landes für genannte Befürchtungen sorgt, sondern auch, weil die Parole der »kontrollierten Verwilderung« aus SPD-Strategiepapieren stammt. Das Gutachten, vom Hauptausschuss des Landtages in Auftrag gegeben, hat zumindest eines erreicht: Die Öffentlichkeit diskutiert über die Perspektive Brandenburgs, vor allem über die der Berlin fernen Räume. Leider reduzierte sich diese »Diskussion« bislang bei den meisten auf das Thema »Wegzugsprämie«, einen kurzen Passus auf über 130 Seiten. Dabei ist die nur ein Vorschlag, einer unter vielen. Er ist zudem eingeordnet in die zentrale Fragestellung des Gutachtens, in die Suche nach gangbaren Wegen für Brandenburg und seine Regionen – unter den Bedingungen des demografischen Wandels.

Lassen Sie mich aus dem Befund des Berlin-Instituts für Bevölkerung und Entwicklung zitieren: Angesichts der demografischen Entwicklung wird »der Bereich um die Hauptstadt Berlin ... eher zu den Gewinnern im gesamtdeutschen Vergleich gehören. Für das Land Brandenburg

bedeutet dies aber keine Entlastung, sondern eine Zerreißprobe. Nur wenige »Leuchttürme« in der Peripherie zeigen bislang Anzeichen der Stabilität. Die ländlichen Regionen außerhalb des Metropolengürtels, etwa die Prignitz, die Uckermark oder die Lausitz, treiben in eine Situation, für die bislang keine Lösungskonzepte vorliegen.«

Für die Autoren des »Leitbildes für ein Brandenburg der Regionen« – selbst Wissenschaftler, aktiv in Lehre und Forschung, aber auch in der Firma BabelConsult – wie auch für uns kein so neuer Befund. Vor einem Jahr haben wir ihn laut ausgesprochen, sowohl als Kritik am Leitbild der Landesregierung als auch als unseren eigenen Leitbild-Entwurf, mit dem wir seither einen öffentlichen Dialog im Lande führen und auf der Suche sind: nach Alternativen zur Politik des »Weiter so: Augen zu und durch!«, für ein zukunftsfähiges, solidarisches Brandenburg der Regionen, wobei soziale Gerechtigkeit Ziel und Maßstab der Politik sein soll.

Es steht zur Diskussion: Kein Masterplan, kein fertiges Programm, als Leitbild aber doch die Vorstellung von einem Land mit vielen verschiedenen Regionen und Orten, in dem die Rechte, die Bedürfnisse und Belange der Menschen zum Ausgangspunkt und Maßstab von Politik werden. Wo sich Politik an den Menschen ausrichten muss und nicht die Menschen verschwinden, weil Politik sich nicht ändern will.

Auf den Punkt gebracht: Wenn wir hier heute darüber reden, was für das Dasein der Menschen in Brandenburg als Voraussetzung und Vorsorge da sein müssen, dann geht es nicht um Prämien zum Wegzug, sondern darum, die Bedingungen zum Hierbleiben und Wiederkommen zu gestalten.

Aus der Rede der Vorsitzenden der Landtagsfraktion DIE LINKE, Kerstin Kaiser

## Das ist der Gipfel

Die Ergebnisse des »Krippengipfels« waren Gegenstand einer Aktuellen Stunde im Landtag. Für SPD und CDU erwartungsgemäß vor allem ein Anlass, sich selbst zu loben. Niemand, außer vielleicht Eva Hermann, hat etwas gegen mehr und bessere Krippenplätze oder gegen mehr Gelder vom Bund. Auch DIE LINKE nicht.

Es war – daran darf erinnert werden – die Koalition im Lande, die zwei mal den Rechtsanspruch auf einen Kitaplatz eingeschränkt hat und bis heute stur daran festhält, dass Kinder arbeitsloser Eltern in Brandenburg unter drei Jahren nicht uneingeschränkt und kostenfrei in der KiTa lernen, spielen und essen dürfen.

Unter der SPD/CDU-Koalition wurde die Personalausstattung verschlechtert, die Koalition lehnt die Einführung der Hochschulausbildung für KiTa-Erzieherinnen ab und sie akzeptiert seit Jahren die problematische Situation der Tagemütter, was deren Verdienst, Qualifikation und Absicherung betrifft.

Der gefeierte Krippengipfel verschleiert das Versagen der bisherigen Bundesregierungen, denn der Ausbau der Kinderbetreuungseinrichtungen war Ende 2004 schon einmal beschlossen worden. Ausbauziel damals: 500.000 Plätze bis 2010. In ihrem Bericht über den »Stand des Ausbaus für ein bedarfsgerechtes Angebot an Kindertagesbetreuung für Kinder unter drei Jahren« vom Juli 2007 muss die Bundesregierung aber feststellen, dass es nach wie vor zu langsam geht. »Die bisherige Entwicklung reicht damit nicht aus, um das Ausbauziel ... zu erreichen.« Statt 500.000 heißt es nun 750.000 Betreuungsplätze – dafür aber drei Jahre später!

Wir brauchen in Brandenburg sehr schnell eine Qualitätsoffensive bei der frühkindlichen Bildung und Betreuung! Mittel z. B. für die Sprachförderung stehen noch nicht bedarfsgerecht zur Verfügung! Die bevorstehende Haushaltsdebatte muss zeigen, ob SPD und CDU bereit sind, wirkliche Verbesserungen in der Kitabetreuung einzuleiten.

Kerstin Kaiser, Vorsitzende des Ausschusses für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie



## Regionales – Brandenburg, MOL

### Höchststand von Privatinsolvenzen in Brandenburg

Gestiegene Preise für Lebensmittel und Energie, die höchsten Wasserkosten im Vergleich der Bundesländer und die erhöhte Umsatzsteuer bringen immer mehr Menschen mit geringem Einkommen in Schwierigkeiten. Die drastische Zahl von Überschuldung ist ein Zeichen zunehmender Armut in Brandenburg und hat mit 2380 Privatinsolvenzen im ersten Halbjahr einen neuen Höchststand erreicht. Das ist ein Drittel mehr als im Vergleichszeitraum des Vorjahres.

Ein wesentlicher Grund sind die nach wie vor hohe Arbeitslosigkeit und der Mangel an wirksamen Gegeninstrumenten. Der von Politikern gern gepriesene Aufschwung kommt bei vielen Brandenburgerinnen und Brandenburgern nicht an.

Erschreckend ist die große Anzahl junger Menschen, die ihr Leben schon sehr früh mit Schulden

beginnen. Aus Unerfahrenheit gehen sie oft aggressiver Werbung auf den Leim oder telefonieren mit ihren Handys für Unsummen. Umso wichtiger ist es, bereits im Schulunterricht verstärkt praktische Lebenshilfe zu vermitteln. Sie ist für Jugendliche in einer Zeit zunehmender Konsumflut und zwielichtiger Werbeangebote unerlässlich, um gesundheitliche und wirtschaftliche Schäden zu vermeiden. Es ist notwendig, die Urteilskraft vor allem junger Menschen zu stärken, damit sie so früh wie möglich selbstständig Angebote bewerten und selbstbewusst Marktentscheidungen treffen können.

*Renate Adolph, verbraucherpolitische Sprecherin der LINKEN in Brandenburg*

### Forschungsprämie II für gemeinnützige Forschungseinrichtungen im Osten

Bislang waren die Forschungs-gGmbH von vielen Geldtöpfen ausgeschlossen. Sie sind weder Hochschulen noch klassische mittelständische Unternehmen, sondern wurden zumeist aus DDR-Kombinaten oder -Hochschulen ausgegliedert und passten somit nicht ins altbundesdeutsche Förderaster. Seit Oktober können diese »Stiefkinder« auf Forschungsverträge mit kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) einen Zuschuss beantragen. Dieser beträgt 25 Prozent des Auftragswerts und kann auf maximal 100000 Euro steigen.

Es wurde Zeit, dass dieses schon lange von der LINKEN geforderte Instrument in die Tat umgesetzt ist, denn die Forschungs-gGmbH müssen die im Osten mangels Großunternehmen fehlenden Investitionen in Forschung und Entwicklung ausgleichen. Zu hoffen ist auch, dass mit der Forschungsprämie II die regionalen Netzwerke zwischen Industrieforschung und KMU ausgebaut und letztendlich auch die Wirtschaftskraft der neuen Länder gestärkt wird.

Bei gemeinnützigen Forschungseinrichtungen muss der Anteil gewerblicher Tätigkeit unter 50 Prozent des Umsatzes liegen. Sie dürfen nicht gewinnorientiert arbeiten und müssen Forschungsergebnisse öffentlich zugänglich machen.

Weitere Infos zur Forschungsprämie II unter [www.hightech-strategie.de](http://www.hightech-strategie.de) oder im LinksTreff.

*Dr. Dagmar Enkelmann*

### Auf der GUK 2007 miteinander im Gespräch



Viele Besucher nutzten die Gelegenheit, mit unserer Fraktionsvorsitzenden im Landtag Brandenburg Kerstin Kaiser über den längst fälligen Mindestlohn, das dringend zu reformierende Bildungswesen und ein »Brandenburg der Regionen« zu diskutieren. »Holt die Bundeswehr zurück aus Afghanistan«, bestätigten mehrere Bürger unsere bekannte Position. Außerdem richteten sie manche Frage direkt an die anwesenden Gemeindevertreter der LINKEN: Warum müssen Straßenausbaumaßnahmen so lange dauern? Was kostet die Gemeinde der Start der neuen Schule? Warum sponsert ausgerechnet Petershagen/Eggersdorf Pferderennen in Hoppegarten? – Manche Antwort fand sich an Ort und Stelle, um die anderen werden wir uns weiter kümmern.

*Hertel, amt. Vorsitzender*

### Die neuen Mitgliedsausweise sind da! Anfang Oktober trafen sie endlich ein.

Der Landesvorstand hat eine kurze Frist gesetzt, um sie auszugeben. Aber erst mal müssen die 960 Dokumente vom Kreisvorsitzenden unterschrieben werden und dann kann das Sortieren nach BO beginnen. Zusammen mit den Listen für die Empfangsbestätigung sollen die Dokumente zum Kreisparteitag den BO-Vorsitzenden übergeben werden. Ihr habt dann vier Wochen Zeit, um diese an die Genossin und den Genossen zu bringen. Problematischer wird da schon die Übergabe an jene, die nicht in einer BO organisiert sind und das sind in unserem Kreisverband ca. 150 Genossinnen und Genossen, verteilt auf den ganzen Kreis. Da steht uns also die nächste Kraftanstrengung nach Unterschriftensammlung für ein Sozialticket und Kreisparteitag ins Haus.

Apropos Sozialticket! Als der Landesvorstand auf dem Parteitag im September Bilanz zog, wurden vier Kreisverbände namentlich genannt und für ihre Aktivitäten gelobt. Wir wurden als erste genannt und das entsprach nicht der alphabetischen Reihenfolge.

Dieses Lob gebührt unseren Mitgliedern, die in vielen Aktionen auf der Straße, in der Nachbarschaft und bei Veranstaltungen für das Sozialticket geworben haben. Allen Aktivisten nochmals herzlichen Dank für die ca. 3000 Unterschriften, auch unseren Abgeordneten des Land- und Bundestages sowie dem Landesvorsitzenden Thomas Nord.

*Wolfram Wetzig, Geschäftsführer*

### DEUTSCHER STUDIENPREIS ZU VERGEBEN

Eine Chance für junge Wissenschaftler bietet der von der Körber-Stiftung zu vergebende Preis für Forscherinnen und Forscher, die mit ihrer Dissertation einen Beitrag für eine lebenswerte und zukunftsfähige Welt leisten. Wert wird dabei weniger auf die ökonomische Wertbarkeit der Erkenntnisse gelegt, sondern mehr auf den gesellschaftlichen Nutzen. Die Ausschreibung richtet sich ausdrücklich an Promovierte. Sie werden aufgefordert, in einem etwa 15 Seiten langen Wettbewerbsbeitrag die zentralen Ergebnisse ihrer Forschungen zu erläutern und deutlich zu machen, worin deren besondere gesellschaftliche Relevanz besteht. Die besten drei Arbeiten werden mit Preisen in Höhe von je 30000 Euro prämiert.

Anmeldeformulare sowie weitere Informationen sind im Wahlkreisbüro von Dagmar Enkelmann, Wallstraße 8, erhältlich.

# Gedanken zur russischen Revolution 1917



Am 24. Oktober (7. November) 1917 gab eine Kanonensalve des Kreuzers »Aurora« das Signal für den Ausbruch eines revolutionären Ereignisses von Weltbedeutung, das nach der Implosion des Realsozialismus ein zwiefaches Echo in Politik und Geschichtsbüchern fand und findet. Was Jahrzehnte für uns Linke als Beginn einer neuen Epoche der Weltgeschichte galt, wird in immer neuen Variationen veräußert und verzerrt. Diese Vorgehensweise ist nicht neu: Historische Ereignisse werden aus dem Zusammenhang gerissen und mit dem Wissen (oder Unwissen) späterer Jahre einem Urteil unterzogen. Das taten wir,

als wir uns noch als Erben dieses historischen Ereignisses von Weltbedeutung wählten und zu den Siegern der Geschichte zu zählen glaubten.

Nun ist das System, mit dem wir uns verbunden fühlten, implodiert und die, die sich nun als Sieger bezeichnen, suchen »Beweise«, es zu diffamieren. Während wir aus politischen Erwägungen nur das Positive sahen, sehen andere nur die negativen Seiten des aus diesen revolutionären Ereignissen hervorgegangenen Systems. Alles andere wurde und wird aus politischen Zwecken verdrängt.

1917, als Bauern, Arbeiter und Soldaten in Russland ihre Waffen gegen ein verbrecherisches System nach innen richteten, tobte ein grausamer Krieg, in dem an den Fronten Millionen Soldaten starben und noch weit mehr Menschen im Hinterland verhungerten oder in Kerkern dahin vegetierten. Wer heute von verletzten Menschenrechten spricht, »vergisst«, dass diese gegen den Widerstand von innen und außen erkämpft werden sollten, was jedoch unter den Nachfolgern Lenins verhindert wurde. Die stalinistische Gesellschaft wurde innenpolitisch eine die Freiheitsrechte der Individuen verachtende Diktatur, die außenpolitisch aber einen entscheidenden Beitrag zur Überwindung des grausameren deutschen Faschismus leistete, jedoch nach dessen Niederlage Kurs auf ein imperiales großrussisches Reich nahm. Zugleich wurde die Herrschaft des Kapitals eingeeignet – zu Gunsten positiver politischer Veränderungen für den Teil der Menschheit, der unter kapitalistischer Ausbeutung und Unterdrückung zu leiden hatte. Dies nicht sehen zu wollen, wäre so falsch, wie gegenwärtig die sinnenstellende Verurteilung der Ereignisse im Oktober 1917.

Mögen meine politischen Gegner meine Wertung angreifen, fühle ich mich doch Walter Markow verbunden, der den Realsozialismus und alle Entwicklung dorthin als »den Versuch einer neuen Gesellschaftsordnung« bewertete. Die Oktoberrevolution war ein erster Versuch, der dem Kapital Rechte und Freiheiten für die Werktätigen abrang, die gegenwärtig schrittweise eliminiert werden, wenn es uns nicht gelingt, einen entscheidenden Widerstand aufzubauen. Dazu wird auch die Utopie von einer Gesellschaft der sozialen Gleichheit und Gerechtigkeit gebraucht. Sie könnte ein wirksames Instrument gegen jeglichen Geschichtspessimismus sein.

Paul Behrendt

## Oktoberlied

Und das war im Oktober, als das so war,  
in Petrograd in Rußland, im siebzehner  
Jahr.

1. Da hab'n die Proleten Schluß gesagt  
und die Bauern: es ist soweit.  
Und hab'n den Kerenski davongejagt  
und die Vergangenheit.

2. Da hat der Soldat das Gewehr um-  
gewandelt, da wurde er wieder Prolet.  
Worauf sehr schnell vom Krieg abstand  
die Generalität.

3. Da hatte der Mushik den Bauch nicht  
voll, und da las er dann ein Dekret,  
daß der das Korn jetzt fressen soll,  
der auch das Korn abmäht.

4. Die Herrn hab'n durchs Monokel  
geguckt und haben die Welt regiert.  
Und eh ein Matrose in die Nawa spuckt,  
warn sie expropriert.

5. Und der dies Lied singen tat,  
lebt in einer neuen Welt.  
Der Kumpel, der Mushik, der rote Soldat  
hab'n die euch hingestellt.

Worte: Peter Hacks, Musik: Rolf Kuhl

## Es war einmal ein großes Land ...

das war so riesig, dass die Sonne im fernen Osten schon wieder aufging, wenn sie sich an seiner Westgrenze gerade zur Ruhe legte. Zahlreiche große und kleine Völker lebten dort.

Unermesslich reich an Bodenschätzen, fruchtbarem Boden, riesigen Wäldern, fischreichen Seen, unendlichen Flüssen und unbeschreiblicher Natur, war das Land dennoch unterentwickelt und in vieler Hinsicht arg zurückgeblieben.

Der Herrscher dieses Landes wurde von allen »Väterchen Zar« genannt, obwohl sehr viele unter seiner Knute sehr zu leiden hatten und ihn heimlich verfluchten. Denn die Armut im Land war riesengroß, die Arbeitsqualen kaum zu ertragen. Wer sich unbotmäßig zeigte, lief schnell Gefahr, in die unwirtlichen Weiten des Ostens verbannt zu werden. Ein verheerender Krieg verschlimmerte schließlich das schwere Los der Menschen im Lande ins Unerträgliche.

Eine Schar kluger, aufrechter Kämpfer jedoch gab sich mit der schrecklichen Lage nicht zufrieden. In geheimen Zirkeln und umstürzlerischen Organisationen suchte sie nach einem Ausweg. Ihre illegale Zeitung nannten sie symbolisch »Funke«. Ein Funke, aus dem die Flamme schlagen sollte. Einer von ihnen aus Uljanowsk –

offensichtlich einer ihrer besten und genannt Lenin – wies den Weg. Mit Worten, die Blitze waren, rührte er an den Schlaf der Welt und rief die Unterdrückten im Riesenreich auf, sich zu erheben. An alle, an alle, an alle ging sein Ruf: Nieder mit dem Krieg, weg mit dem Zaren, das Land den Bauern, die Fabriken den Arbeitern, alle Macht den Räten der Volksdeputierten!

Und siehe da, die Massen hörten und verstanden ihn. Sie folgten seinem Ruf. »Es war im Oktober, als das geschah, in Petrograd in Russland, im siebzehner Jahr«, sang viele Jahre später ein Singeklub aus unserem Land und ehrte jene Unerschrockenen, jene Visionäre, jene Revolutionäre, die die Welt erschütterten und das Gesicht der Erde veränderten.

Viele Jahre sind seitdem vergangen. Kriege tobten. Millionen Menschen mussten sterben. Die Völker anderer Länder befreiten sich und waren voller Hoffnung. Andere Kräfte stellten sich ihnen entgegen und stoppten den Aufbruch zeitweilig. Und wie auch immer heute über das siebzehner Jahr geredet wird: es bleibt das historische Jahr der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution, das Jahr eines beispiellosen sozialen Aufbruchs in einem großen Land.

F. Schneider

## Kommunallexikon Teil 1: »Öffentliche Daseinsvorsorge«

Sie dient der Grundversorgung und Sicherung der Lebensqualität der Menschen in Städten, Gemeinden und Kreisen. Wesentliche Aufgaben: Die Versorgung mit Wasser, Energie, Gesundheitsdiensten, öffentlichem Personennahverkehr, Bildung, Angeboten zur sportlichen und kulturellen Betätigung, Sparkassen, Abfall und Abwasserentsorgung, die Organisation von Straßenbau und -reinigung, sozialem Wohnungsbau, Bauleitplanung, Sozial- und Jugendhilfe, Kinderbetreuung, Schulträgerschaft, Rettungsdienst und Katastrophenschutz, öffentlicher Sicherheit, Altenbetreuung.

DIE LINKE kämpft gegen die Privatisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge. Sie darf nicht vom Geldbeutel abhängen und muss sich an den Bedürfnissen der am meist Benachteiligten ausrichten. Eine flächendeckende Versorgung in guter Qualität ist auch dann sicherzustellen, wenn sie sich für private Unternehmen nicht rechnet. DIE LINKE setzt sich auf europäischer, bundes-, landes- und kommunalpolitischer Ebene dafür ein, dass die Kommunen über alle Angelegenheiten der öffentlichen Daseinsvorsorge frei und selbstbestimmt entscheiden und die sich daraus ergebenden Aufgaben wahrnehmen können. Wo Kommunen dazu übergehen, öffentliche Aufgaben gemeinsam mit privaten Partnern zu erledigen, werden wir sehr genau darauf achten, dass dies nicht unter dem Motto »Die Gewinne für die Privaten – die

sozialen Kosten für die Öffentlichkeit« geschieht. DIE LINKE fordert ein Zukunftsinvestitionsprogramm zur Stärkung der öffentlichen Daseinsvorsorge und fordert u. a.:

- universeller, gleicher Zugang für alle;
- Versorgungssicherheit durch territoriale und soziale Erreichbarkeit bei hoher Servicequalität zu erschwinglichen Preisen und gleichmäßigen qualitativen Bedingungen;
- sozialverträgliche Gebühren bevorzugt für Menschen mit Behinderungen und Einkommensschwache;
- vollständige Transparenz der Entgelte und Vertragsbedingungen sowie freie Wahl von Leistung und Anbieter;
- Kontrollmechanismen für kommunale Vertretungen;
- Anpassungsfähigkeit der Dienste an neue gesellschaftliche Bedürfnisse und technologische Möglichkeiten;
- Sicherung zukunftsbeständiger Entwicklung und eines hohen Niveaus bei Umwelt- und Verbraucherschutz sowie Abbau regionaler Ungleichgewichte;
- Schaffung unabhängiger Regulierungsinstanzen sowie von Rechtsmitteln und Streitschlichtungsmechanismen;
- Beibehaltung der Zuständigkeit der Mitgliedstaaten der EU bzw. ihrer regionalen und lokalen Untergliederungen für Definition und Zuschnitt der Dienste von allgemeinem Interesse.



Kinder der Strausberger Kita »Spatzennest« im Bundestag

... dass der Deutsche Bundestag mit rund drei Millionen Gästen pro Jahr das meistbesuchte Parlament der Welt ist? Seit dem Umzug nach Berlin 1999 kamen mehr als 13 Millionen aus der ganzen Welt, in der gesamten Zeit von 1949 bis 1997 in Bonn gerade 11,5 Millionen. (Aus »FAKTEN – Der Bundestag auf einen Blick«)

Und der Besucherdienst des Bundestages wird im kommenden Jahr sein Angebot noch erweitern. Das hat der Ältestenrat, dem ich angehöre, bereits beschlossen, aber das Parlament muss noch Ende November dem Haushalt zustimmen. Jede und jeder Abgeordnete, also auch ich, darf dann 2008 nicht nur je 100 Besucherinnen und Besucher zu einem Informations- oder einem Plenarbesuch einladen, sondern 30 zusätzliche in den Monaten Januar, Februar, November und Dezember. Bei all diesen Besuchen haben Sie und ich dann Gelegenheit, miteinander ins Gespräch zu kommen – bei einem kleinen Imbiss, zu dem ich Sie einlade, oder im Bundestag. Darüber hinaus lade ich, wie jedes MdB, über das Bundespresseamt zweimal jährlich 50 Frauen und Männer zu einem zweitägigen Besuch nach Berlin ein. Meine nächsten Gäste kommen am 19./20. November. Nach schriftlicher Voranmeldung, die Sie gern ab sofort in meinen Wahlkreisbüros vornehmen können, stehen Ihnen darüber hinaus weitere Möglichkeiten wie Teilnahme an Jugendprojekten oder speziellen Kindertagen, an Architektur- oder auch Kunstführungen offen. Besuche sind bis auf Silvester, Karfreitag, Ostersonntag, Volkstrauertag und vom 24.–26.12. das ganze Jahr für alle ab 15

möglich und immer unentgeltlich, auch der Rundgang durch die parlamentshistorische Ausstellung »Wege-Irrwege-Umwege« im Deutschen Dom am Gendarmenmarkt. Allerdings ist die Reichstagskuppel vom 31.3.–4.4., 7.–11. und 21.–25.7. und 20.–24.12. gesperrt. Sogenannte Multiplikatoren politischer Bildung und Abiturklassen können mit uns Abgeordneten in Parlamentsseminaren diskutierten und Schulklassen ab Stufe 10 am parlamentarischen Planspiel teilnehmen, in dem der Weg der Gesetzgebung simuliert wird. Einmal jährlich gibt es dann mit »Jugend und Parlament« die große Planspielvariante mit vier statt einem Gesetzentwurf und ca. 300 statt 30 Teilnehmern. Am 3.3., 9.6., 6.10. und 1.12. bietet der Bundestag wieder altersgerechte Führungen für Kinder von 6–14 an. Für diese Altersgruppe können auch Familienführungen an Wochenenden und Feiertagen gebucht werden.

Sie merken schon, es gibt unzählige Möglichkeiten, sich im Deutschen Parlament umzusehen. Und wer es noch genauer wissen will, kann sich unter [www.bundestag.de/interakt/besucherinfo](http://www.bundestag.de/interakt/besucherinfo) informieren oder in meinen Wahlkreisbüros Rat und die Broschüre »Besuch beim Deutschen Bundestag« (Ausgabe 2007) holen. Meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter helfen Ihnen dann bei Planung, Vorbereitung und Gestaltung IHRES Bundestagsbesuches. Rechtzeitige Anmeldung sichert die Erfüllung fast aller Wünsche.

*Ich freue mich auf Sie und wünsche Ihnen viel Spaß.*

*Ihre Dagmar Enkelmann*



**LINKE-Bürgerbüros  
der Abgeordneten**

■ **Dagmar Enkelmann – MdB**  
15344 Strausberg, Wallstraße 8  
Mitarbeiter: Bernd Sachse  
Tel.: 0 33 41 / 30 39 84  
Fax: 0 33 41 / 30 39 85  
Mo. – Do. 9.00 – 16.00 Uhr  
Freitag nach Vereinbarung  
dagmar.enkelnmann@wk.bundestag.de  
www.dagmar-enkelmann.de

■ **Kerstin Kaiser – MdB**  
15344 Strausberg, Wallstraße 8  
Mitarbeiterin: Helga Burgahn  
Tel.: 0 33 41 / 49 77 11  
Fax: 0 33 41 / 30 39 85  
Mo. – Do. 8.00 – 16.00 Uhr  
info@kerstin-kaiser.eu  
www.kerstin-kaiser.eu

■ **Wolfgang Heinze – MdB**  
15306 Seelow, Fichtenweg 4  
Mitarbeiter: Uwe Hädicke  
Tel.: 0 33 46 / 88 41 21  
Fax: 0 33 46 / 88 41 59  
Mo. 8.00 – 10.00 Uhr  
oder nach Vereinbarung  
heinze-seelow@web.de

■ **Gerlinde Stobrawa – MdB**  
16259 Bad Freienw., Grünstr. 8  
Mitarbeiter: Joachim Fiedler  
Tel.: 0 33 44 / 30 13 55  
Mo. – Mi. 9.00 – 13.00 Uhr  
Do. 9.00 – 17.00 Uhr  
Fr. 9.00 – 12.00 Uhr

■ **Renate Adolph – MdB**  
15366 Hoppegarten, OT Hönow  
Mahlsdorfer Str. 61 / HEP  
Mitarbeiterin: Helga Hummel  
Tel.: 030 / 99 27 47 49  
Fax: 030 / 99 27 47 43  
Mo., Mi., Do. 14.00 – 18.00 Uhr  
renate@adolph.de  
www.adolph.de

**LINKE-Geschäftsstellen**

■ **STRAUSBERG**  
Große Straße 76  
15344 Strausberg  
Tel.: 0 33 41 / 31 17 96  
Fax: 0 33 41 / 31 47 75  
Öffnungszeiten:  
Mo. – Do. 8.00 – 12.00 Uhr

■ **SEELOW**  
Breite Straße 9, 15306 Seelow  
Tel./Fax: 0 33 46 / 4 17  
www.pds-seelow.de  
Öffnungszeiten:  
Mo. und Mi. 9.00 – 12.00 Uhr  
Di. 9.00 – 12.00 Uhr  
15.00 – 17.00 Uhr

■ **BAD FREIENWALDE**  
Grünstraße 8  
16259 Bad Freienwalde  
Tel./Fax: 0 33 44 / 34 66  
Öffnungszeiten:  
Di. 9.00 – 11.30 Uhr  
14.00 – 16.00 Uhr

**BUCHLESUNG**

am 5. November 2007,  
18.30 Uhr im LinksTreff.

Kerstin Kaiser hat den Journalisten und Buchautoren Matthias Krauß eingeladen. Er wird sein neues Buch »Völkermord statt Holocaust. Jude und Judenbild im Literaturunterricht der DDR« vorstellen. Als erster Leser und Kritiker des noch

**Ein Schiff ist gekommen**

Mit monatelanger Verspätung ist die langerwartete Fähre »Bez Granic« (grenzenlos) Mitte Oktober ein Wochenende über die Oder geschippert, um gleich wieder in den Winterschlaf zu versinken. Ab April 2008 soll die einzige Autofähre regelmäßig zwischen Gústebieser Loose und dem polnischen Gozdowice verkehren und den Tourismus beleben. Der Start war aus verschiedensten Gründen mehrmals verschoben worden, zuletzt weil Hochwasser verhinderte, den Raddampfer zu seinem Anleger zu bringen. Bis 1945 hatte es an gleicher Stelle schon mal ein Fähre gegeben.

**»Wir sehen nicht weg ...«**



druckfrischen Buches zeigte sich der in der Bundesrepublik aufgewachsene Generalstaatsanwalt Erardo C. Rautenberg überrascht. Von den im Buch vorgestellten Texten, u.a. von Bruno Apitz, Becher, Becker, Feuchtwanger, Seghers und Arnold Zweig, kannte er nur Lessings »Nathan der Weise«. Die Vielfalt und Differenziertheit der Texte würden die Vorurteile, die DDR sei antisemitisch gewesen und habe die NS-Zeit nie aufgearbeitet, widerlegen. Ihm als Wessi sei einmal mehr ein Klischee über Osis abhanden gekommen



... versprechen Frank Viehweg, Jörg Kokott und Klaus Feldmann und gastierten im Oktober mit ihrem Programm für Toleranz, Solidarität und Internationalität in der Begegnungsstätte der Volkssolidarität in Fredersdorf-Vogelsdorf.

Das Programm aus Text, Liedern und Nachrichten möchte ...« mit den Mitteln der Kunst demokratische Räume öffnen und zeigen, wie unsere Gesellschaft funktionieren kann. Wir stehen ein für ein weltoffenes und tolerantes Deutschland, für das friedliche Zusammenleben aller Menschen in diesem Lande, ungeachtet ihrer Weltanschauung, Religion, Kultur oder Hautfarbe. Wir verurteilen Hass, Gewalt, Rassismus und Ausländerfeindlichkeit.« Der bewegende, aufrüttelnde und intellektuell anregende Abend war so erfolgreich, dass er in Müncheberg wiederholt wird: siehe 22.11.

**TERMINE – VERANSTALTUNGEN – AUSSTELLUNGEN NOVEMBER 2007**

6.11., 18.00 Uhr,  
Öffentliche Redaktionssitzung für  
IMPULSE, LinksTreff

7.11., 18.00 Uhr,  
Gaststätte »Zur Fähre«: Ausbildungsmöglichkeiten, Chancen von Jugendlichen in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Veranstaltung der Rosa Luxemburg Stiftung und des Vereins zur Förderung alternativen Denken bei der Lösung gesellschaftlicher Aufgaben e.V., Referent MdB Volker Schneider, DIE LINKE

8.11., 18.00 Uhr,  
LinksTreff, Vernissage mit Malerin Gisela König. Sie zeigt realistische Malerei und Eindrücke über Natur

und Gebäuden aus unserer Region.  
Gisela König zeichnet und malt im Mahlzirkel in Klosterdorf »ÖKULeA«.

11.11.  
Bürgermeisterwahlen in Fredersdorf-Vogelsdorf

15.11., ab 12 Uhr,  
Stollenbacken mit Kreisvorsitzendem MOL Bernd Sachse und vielen Kindern, Sozialpark Strausberg

19.11.  
70. Geburtstag von Tamara Bunke

22.11., 19 Uhr,  
Müncheberg, Marienkirche: Wir sehen nicht weg – siehe oben

24.11., 9.00 bis ca. 13.00 Uhr,

Gesamtmitgliederversammlung zur Bildung der LINKEN in Strausberg und Neuwahl des Stadtvorstandes, NEU: Tonhalle der Kreismusikschule MOL, Hegermühlenstraße 8

27.11., 19 Uhr,  
OFFEN GESAGT mit Renate Adolph, MdB und Rolf Yasniewski zu »Große Energie- und kleine Klimälügen«, Hoppegarten, Haus der Generationen, Lindenallee 16

30.11., 19.00 Uhr,  
40 Jahre Kindertanztheater Strausberg, Festveranstaltung und Tanzgala im Klub am See

2.12., 15.00 Uhr,  
gleiche Veranstaltung wie am 30.11.

**IMPULSE**

www.dielinke-mol.de

Herausgeber:  
Kreisvorstand der Partei DIE LINKE-MOL  
Zuschriften bitte an die Geschäftsstelle in Strausberg. Die Redaktion behält sich

vor, Zuschriften bei Veröffentlichung sinnwährend redaktionell zu bearbeiten. Veröffentlichte und namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen.

Der Druck der Zeitung »Impulse« wird durch Spenden finanziert.

V.i.S.d.P.: Christine Hempel, 0173-61 400 67  
E-Mail: hempel@typegerecht.de

Redaktionsschluss: 15. Oktober 2007

Gesamtherstellung:  
SLC-GmbH, Badstraße 2, 15344 Strausberg  
03341-30 94 05 · info@slc-gmbh.de